

Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne

Donnerstag (Vormittag), 28. November 2019 / Jeudi matin, 28 novembre 2019

Erziehungsdirektion / Direction de l'instruction publique

41 2019.RRGR.126 Motion 106-2019 Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP)
Kein Demozwang an Volksschulen – politische Neutralität der Schule wieder durchsetzen!

41 2019.RRGR.126 Motion 106-2019 Krähenbühl (Unterlangenegg, UDC)
Pas d'obligation de manifester – restaurer la neutralité politique à l'école obligatoire

Präsident. Wir kommen zum Traktandum 41. Die Motion von Grossrat Krähenbühl wird von Grossrat Andreas Schüpbach vertreten, weil Grossrat Krähenbühl nicht hier ist. Es gibt ja einen Antrag auf Abschreibung, weshalb wir dies auf jeden Fall behandeln. Ich gebe Andreas Schüpbach das Wort.

Antrag EVP (Grogg-Meyer, Bützberg)
Annahme und gleichzeitige Abschreibung.

Proposition PEV (Grogg-Meyer, Bützberg)
Adoption et classement.

Andreas Schüpbach, Huttwil (SVP). Ich bin noch froh, dass nicht jede Abstimmung so lange dauert, sonst hätte ich wohl im Wald noch einen Weihnachtsbaum schlagen gehen müssen, den man hier hätte aufstellen können, weil wir dann immer noch hier gewesen wären. (*Heiterkeit / Hilarité*) Jetzt kommen wir zum Vorstoss von Samuel Krähenbühl, den ich vertrete.

Es ist erfreulich, wenn sich junge Menschen für die Politik interessieren. Und es ist auch eine sehr wichtige Aufgabe unserer Schulen, junge Menschen in die Staatskunde, aber auch in politische Themen einzuführen. Das soll so sein und ist auch gut so. Wichtig ist aber auch, dass dies politisch einigermaßen neutral geschieht. Das ist sogar in unserer Verfassung (*Verfassung des Kantons Bern, KV / Constitution du canton de Berne, ConstC*) so verankert, und zwar in Artikel 43. Dort steht: «Kanton und Gemeinden führen öffentliche Kindergärten und Schulen. Der Unterricht ist konfessionell und politisch neutral.» Sicher,werte Anwesende: Zu 100 Prozent neutral ist keine Schule, keine Lehrkraft. Was aber dieses Jahr zum Teil in bernischen Schulen abgelaufen ist, hat aus Sicht des Motionärs ein gesundes Mass überschritten. Nicht nur wurde systematisch das Schuleschwänzen wegen Teilnahme an Demos toleriert – übrigens eine kleine Anmerkung hierzu: In den Sommerferien wollte seltsamerweise praktisch niemand an einem freien Freitag an einer solchen Demo teilnehmen. Nein, es ging noch weiter: Offenbar wurden zum Beispiel gewisse Schulen mit Demoauffrufen regelrecht tapeziert. So geschehen an Schulen, die nicht weit von hier entfernt sind, oder zum Teil ist dies auch bei uns im Oberaargau geschehen. Dort wurden in ganzen Schulhäusern auf jedem Stock Demoauffrufe aufgehängt, am 15. März am Klimastreik auf dem Waisenhausplatz teilzunehmen. Noch gravierender ist ein Fall in einer Schule im Oberland, welche die Teilnahme an diesen Demos sogar organisiert hat, und zwar nicht etwa in dem Sinne, dass man mit den Klassen zuschauen gegangen wäre. Nein, sie haben im Vorfeld eindeutig politische Transparente gemalt, die an dieser Demo dann auch mitgenommen wurden. Zumindest in einer Klasse wurde dies sogar als obligatorischer Unterricht deklariert. Wenn so etwas obligatorisch sein soll und diese Schulen dann auch teilnehmen, ist es eben nicht mehr ganz neutral.

Ich selbst habe während der Schulzeit auch einmal an einer Demo teilgenommen. Es war eine Bauerndemo, die von den Bauernverbänden organisiert worden war und von einer Käseereigenossenschaft bei uns, also von einer Interessengemeinschaft. Es ist sehr prägend, wenn man als Kind an einer solchen Demo teilnimmt, sonst hätte ich es wohl nicht mehr in Erinnerung. Bald wird es wohl eine Abstimmung über neue Kampfjets geben. Stellen Sie sich einmal vor, eine Schule würde im Rahmen des ordentlichen Unterrichts für Flieger demonstrieren, oder meinetwegen auch dagegen, oder sie ginge an eine Demo gegen das EU-Rahmenabkommen. Ein Lehrer, der so etwas wagen würde, wäre am nächsten Tag ganz bestimmt in sämtlichen Medien und vorn auf den Zeitungen

und müsste am übernächsten Tag möglicherweise sein Pult räumen. Wenn aber Schüler im Rahmen des obligatorischen Unterrichts für ein grünes Anliegen demonstrieren gehen, spielt dies wohl in diesem Fall weniger eine Rolle. Es gab Schulleiter, die diesen Fehler einsehen und sich auch entschuldigt haben. Dies rechne ich ihnen hoch an, weil sie einsehen, dass ein Fehler gemacht wurde. Und Fehler können ja geschehen. Trotzdem ist es wichtig, dass wir diese Motion nicht abschreiben, denn wir wollen, dass sie nachhaltig wirkt und die Schulinspektoren und die ERZ genau hinschauen und solche Dinge in Zukunft nicht mehr tolerieren. Deshalb wäre eine Abschreibung falsch.

Das Mikrofon des Präsidenten fällt infolge eines technischen Problems aus. / Suite à un problème technique, le micro du président tombe en panne.

Roland Näf, Bern (SP). Stellen wir uns einmal vor, irgendwo in diesem Kanton wäre ein Polizist besoffen mit dem Auto zu schnell unterwegs, oder irgendwo in der Landwirtschaftszone würde man illegal einen Schopf bauen, und anschliessend gäbe es eine Motion, die ungefähr heissen würde: «Baugesetze auch im Berggebiet wieder durchsetzen», oder bei der Polizei: «Strassenverkehrsgesetz auch in der Berner Polizei wieder durchsetzen». Oder nehmen wir einmal an, irgendein Lehrer mache in der Schulstube rassistische Sprüche gegen die Kosovaren. Dann würde wohl die nächste Motion heissen: «Einhaltung der Menschenrechte an der Schule wieder durchsetzen».

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn die Landwirte, die Bauern hier, nachdem irgendein Bauer seine Gülle in einen Bach geschüttet hätte, eine Motion hätten, die heissen würde: «Gewässerschutzgesetz im Kanton Bern wieder durchsetzen», dann hätten wohl die Bauern hier begreiflicherweise nicht so Freude daran. Und genau so geht es den Lehrerinnen und Lehrern bei einer solchen Motion, die hier vorliegt.

Die Lehrerinnen und Lehrer in diesem Kanton, davon bin ich überzeugt, halten sich an die Gesetze und auch an die Verfassung. Das ist einfach selbstverständlich. Und wenn dies einer irgendwo in einer Schule einfach nicht schafft und nicht tut, dann habe ich das Gefühl, dass wir auch in der Gemeinde Frutigen und auch in Köniz eine Schulleitung haben, die dafür sorgt, dass die Gesetze und die Verfassung durchgesetzt werden. Dann schauen diese hin. Ich bin überzeugt: Auch in Frutigen ist anschliessend etwas passiert, wenn dort effektiv die ganze Schulklasse mit Plakaten nach Thun demonstrieren gegangen ist, wie es vorhin Andreas Schüpbach beschrieben hat. Dort wurde reagiert. Dafür haben wir die Gemeinde. Ich bin überzeugt: Wenn ich an meiner Schule so etwas tolerieren würde – was ich ganz bestimmt nicht tue –, dann würden wohl sicher ein paar Leute auf mich zukommen und einiges unternehmen; ich schaue nun auf diese Seite der Gemeinde Muri hinüber, die ich meine. Es ist eine unserer Pflichten, die Pflicht der Gemeinden, dies durchzusetzen. Das ist schlicht und einfach keine Frage. Es braucht keinen Sämu Krähenbühl, der dafür eine Motion macht mit der entsprechenden Beleidigung aller Lehrpersonen oder aller Schulen im Kanton Bern.

Nun habe ich noch etwas zum Punkt 2: Wenn wir es nachlesen, wird dort verlangt, dass man in Zukunft in den Berner Schulen kein Abstimmungsmaterial mehr aufhängen darf. Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor diesen Nationalratswahlen gab es bei uns, in meiner Schule, Lehrerinnen und Lehrer, die das Abstimmungsmaterial jeder Partei aufgehängt hatten. Dann haben sie gruppenweise die einzelnen Parteien analysiert – ein sehr spannender Staatskundeunterricht. Selbstverständlich muss man so etwas machen, das ist ein aktueller Staatskundeunterricht. Aber dies wäre, wenn man die Formulierung von Sämu Krähenbühl liest, schlicht und einfach verboten. Das ist Unsinn.

Dann muss ich noch etwas sagen: Diese Motion ist ein wenig aus der Zeit gefallen. Ich weiss nicht, welche Jugendlichen heutzutage, im Jahr 2019, einen Demoaufruf noch über einen Aushang, einen Flyer, machen. Das läuft über das Handy, liebe Kolleginnen und Kollegen. Und ich nehme nicht an, dass Sämu Krähenbühl will, dass man als Lehrperson dann jedes Handy kontrollieren geht. Dies gäbe dann auch einen Aufruhr, habe ich den Eindruck. Dann muss ich zum Schluss einfach noch einen Satz sagen: Selbst wenn Sämu Krähenbühl es schaffen würde, sämtlichen Jugendlichen das Handy wegzunehmen, damit sie keine Klimademo organisieren können, selbst dann würde die Klimaerwärmung wahrscheinlich noch weitergehen. Ich bitte Sie, diese Motion abzulehnen oder, wenn schon, wenn sie nicht abgelehnt wird, abzuschreiben.

Michael Ritter, Burgdorf (glp). Die grünliberale Fraktion unterstützt die Motion Krähenbühl. Die politische Neutralität der Volksschule darf nicht in Frage gestellt werden. Bei Vorstössen dieser Art besteht immer die Gefahr – eigentlich ist es fast nicht zu verhindern –, dass faktisch im Vordergrund steht, ob einem die politische Haltung, die Auslöser war, sympathisch ist oder nicht. Das darf aber

nicht entscheiden. Gerade denjenigen Kolleginnen und Kollegen, die Sympathien für diese Klimastreiks oder -demos haben, was gut nachvollziehbar ist, gebe ich zu bedenken: Wenn an einer Schule vor einigen Jahren Plakate für die sogenannte Masseneinwanderungsinitiative aufgehängt worden wären, wären die Gegner – übrigens zu Recht – dagegen Sturm gelaufen. Hier wette ich fast mein Sessionshonorar. Deshalb unterstützen wir die Motion grundsätzlich.

Ich komme zu zwei Feinheiten. Erstens: Die Forderung 2b ist nicht restlos geglückt. Man könnte dort nämlich interpretieren, die Verwendung von Wahl- und Abstimmungsmaterial und ähnlichen Dokumenten werde im Unterricht verboten. Dies würden wir klar ablehnen. Es ist von der Formulierung her ein Graubereich, weil man nach dem strikten Wortlaut sogar schon eine Wandausstellung in einem Schulzimmer mit solchem Material verbieten könnte. Mein Vorredner hat dies eigentlich sehr gut erklärt. Den realen Schaden einer Überweisung von 2b betrachten wir insgesamt aber als eher theoretisch, da man dies unserer Meinung nach im Gesamtzusammenhang der Motion lesen muss, weil es effektiv um den Aushang geht. Wir haben in der Fraktion aber eine Minderheit, die 2b ablehnen würde, wenn es getrennt zur Abstimmung käme, was ich hiermit nicht beantragt habe.

Zum Schluss noch zum Abschreibungsantrag von Frau Grossrätin Grogg-Meyer: Wir werden ihn unterstützen, denn das Ganze ist geradezu musterhaft ein Dauerauftrag. Es sind keine neuen Massnahmen des Regierungsrates ersichtlich oder verlangt. Die Durchsetzung von geltendem Recht ist nach meiner Auffassung nicht Politik. Deshalb werden wir die Abschreibung der Motion annehmen, wie es Grossrätin Grogg-Meyer verlangt. Noch ein Schlusswort zu diesem Punkt der Abschreibung: Wenn man sie nicht abschreibt, wäre diese Motion eine mehr auf dem Friedhof. Der Vorwurf, es habe viele überwiesene Vorstösse auf diesem Friedhof, kommt hin und wieder von Ratskolleginnen und Ratskollegen, und meistens mit dem Hintergrund, dass man dem Regierungsrat die Schuld gibt, er mache dort nichts. Hier muss ich einfach sagen: Wenn man nicht abschreibt, passiert wirklich ganz genau gleich wenig. Das ist ganz hundertprozentig so. Aus diesem Grund bitte ich Sie, es abzuschreiben, aber wir werden es überweisen.

Präsident. Ich habe wieder ein Handmikrofon. Ich gebe Madeleine Graf für die Grünen das Wort.

Madeleine Graf-Rudolf, Belp (Grüne). Kein Demozwang an der Volksschule. Wie Sie lesen konnten: «Die Volksschule ist gemäss Artikel 43 Absatz 1 der Verfassung des Kantons Bern konfessionell und politisch neutral». Das ist für uns Grüne und mich als Schulleiterin keine Diskussion. Ich würde das auch nie missbrauchen. Ich bin aber der Meinung, dass man über politische ökologische Themen diskutieren darf. Ich bin klar der Meinung, dass Lehrpersonen die Schülerinnen und Schüler nicht manipulieren dürfen. Die politische Bildung sowie Themen zu Umweltfragen gehören aber zum Bildungsauftrag. Zur Auseinandersetzung mit politischen Themen, ganz besonders bei Abstimmungen und Wahlen, gehören auch die entsprechenden Materialien. Die jungen Leute sollen sich kritisch damit auseinandersetzen können. Bei Wahlen gehören selbstverständlich alle Parteien auf den Tisch. Genauso kommen auch bei Abstimmungen sämtliche Pro- und Kontraunterlagen auf den Tisch. Wie die EVP, beantragen wir Grüne, je nachdem, wie es herauskommt, Annahme und Abschreibung.

Barbara Streit-Stettler, Bern (EVP). Im Namen der EVP möchte ich noch den Grund nennen, weshalb wir diese Motion abschreiben wollen. Nach Auffassung der Fraktion EVP gibt es alle erforderlichen Gesetzesgrundlagen bereits, damit eben die politische Neutralität in der Schule gewährleistet ist. Der Vorfall, der hier nun geschehen ist und aufgrund dessen diese Motion formuliert wurde, wurde inzwischen auf Gemeindeebene bereinigt. Es besteht kein Anlass, deshalb an den gesetzlichen Grundlagen etwas ändern zu müssen. Darum braucht es auch keine Wiederherstellung der Neutralität, und damit besteht auch kein weiterer Handlungsbedarf.

Nun zur Motion, zum Punkt 1: Laut Regierungsrat sind die Voraussetzungen der politischen Neutralität im Artikel 43 KV gegeben, das habe ich bereits erklärt. Was hier geschehen ist, war eine grosse Ausnahme und wurde unterdessen eben auch bereits aufgearbeitet. Ich kann nur wiederholen, was ich zur Abschreibung gesagt habe: Deshalb muss auch nichts geändert werden.

Und zum Punkt 2: Auch die EVP ist der Meinung, dass weder eine politisch einseitige Beeinflussung noch irgendwelche Aufforderungen zu speziellen politischen Aktivitäten Platz haben dürfen in der Schule. Hingegen wünschen wir uns, dass sich die Volksschule mit der politischen Situation in der Schweiz auseinandersetzt. Dazu möchte ich noch Absatz 4 und 5 von Artikel 2 des Volksschulgesetzes (VSG) zitieren: «Sie weckt in ihnen den Willen zur Toleranz und zu verantwortungsbewusstem Handeln gegenüber Mitmenschen und Umwelt sowie das Verständnis für andere Sprachen und

Kulturen. Die Volksschule vermittelt jene Kenntnisse und Fertigkeiten, welche die Grundlage für die berufliche Ausbildung, für den Besuch weiterführender Schulen und für das lebenslange Lernen darstellen.» Um diese Aufgabe zu erfüllen, muss sich die Schule unter anderem mit unserem politischen System auseinandersetzen. Und dafür braucht es auch Anschauung, wie zum Beispiel eben Flyer und Abstimmungsunterlagen, und auch kontroverse Diskussionen im Klassenzimmer.

Der Motionär erwähnt Propaganda und Demonstrationszwang. Das war bestimmt nie im Sinne der Volksschule. Aber eine ausgewogene Vermittlung und eben kontroverse Diskussionen müssen stattfinden, damit Schülerinnen und Schüler sich damit auseinandersetzen können. Die EVP ist überzeugt, dass die Grundlagen für die politische Neutralität in der Volksschule gegeben sind und die Gemeinden ihre Aufsichtsfunktion wahrnehmen. Es gibt keinen Anlass, dass der Kanton irgendwelche neuen Massnahmen ergreifen muss, und darum empfiehlt die EVP dem Parlament, die Motion anzunehmen und abzuschreiben.

Katharina Baumann-Berger, Münsingen (EDU). Die Volksschule soll politische und gesellschaftliche Themen aufgreifen und diskutieren. Dies ist eine wichtige Plattform, damit junge Menschen in unser demokratisches System eingeführt werden können, vergangenes und aktuelles Weltgeschehen beleuchtet werden kann und die Fähigkeit erlernt werden kann, künftig mitzuhelfen, auf politischer Ebene gute Wege zu suchen und auch zu beschreiten. Dies wird in der Volksschule grundsätzlich gut so gelebt. Durch den aktuellen Klimahype ist nun aber ein wenig überschüssige Energie geweckt worden. Eine gut fundierte und auch kritische Betrachtung und Bearbeitung einer Thematik hat nichts mit einer Demoteilnahme zu tun. Das stellt auch Samuel Krähenbühl so nicht in Frage. Dass derartige Ausflüge sehr bildungs- oder meinungsfördernd wären, bezweifelt die EDU-Fraktion. Dies insbesondere, wenn Schülerinnen und Schüler gegen ihren Willen zu einer solchen Demoteilnahme fast gezwungen werden. Wir sind uns einig, dass wir hier von Einzelfällen sprechen. Nichts desto trotz müssen wir uns aber der aktuellen Situation stellen und Klarheit schaffen, auch für andere Themenbereiche. Beleidigt muss wegen dieser Motion niemand sein, der sich nämlich korrekt verhält. Die EDU-Fraktion unterstützt diese Motion ohne Abschreibung.

Corinne Schmidhauser, Interlaken (FDP). Wir unterstützen diese Motion und bestreiten die Abschreibung. Weshalb? – Wir teilen die Sicht, dass der Absatz 2b und auch der Titel vielleicht nicht optimal formuliert wurden. Aber wie Michael Ritter richtig gesagt hat, erkennt man im Gesamtkontext, was die Intention dieser Motion ist. Es ist keine Frage, dass im Zentrum die Meinungsbildungsfreiheit als eines der grundlegendsten Rechte steht, gerade für die Schüler. Das ist wichtig. Die Schule soll, nein, sie muss informieren, sie muss die Schülerinnen und Schüler in ihrer Meinungsbildung unterstützen. Das ist unbestritten und keine Frage. Aber – und das ist das Wichtige – die Schule darf nicht Meinungsführerin sein. Und wenn wir es von den Beispielen haben: Für uns steht überhaupt nicht der Klimastreik im Vordergrund, sondern wir erinnern uns mit grossem Ärger an Plakate und Fahnen, die von den Schulen anlässlich der Forderung von «Bildung Bern» im Zusammenhang mit dem Lehrermangel aufgehängt wurden. Hier mussten sogar die Schulleitungsbehörden des Kantons Bern intervenieren. Das ist für uns der Sündenfall, den es zu vermeiden gilt. Diese Motion unterstreicht ein zentrales Recht der Schülerinnen und Schüler. Wir danken der ERZ sehr, dass sie mit ihrer Empfehlung zur Annahme genau diese Intention unterstreicht. Wir lehnen die Abschreibung ab.

Jan Gnägi, Jens (BDP). Ich werde es relativ kurz machen. Der Aufhänger zu diesem Vorstoss waren ja diese Klimademonstrationen. Trotzdem, denke ich, müssen wir dieses Thema ganz generell anschauen, nämlich: Wie weit wollen wir politische Stellungnahmen, wie weit wollen wir politische Aktionen in unseren Volksschulen? – Bei der Klimademonstration mag es der einen oder anderen noch sympathisch gewesen sein. Aber wie wäre es denn bei anderen Themen? – Die Schule soll sich selbstverständlich mit Politik befassen, das ist ganz klar. Man kann allenfalls auch einmal Abstimmungsmaterial auslegen, natürlich in einer Ausgewogenheit, und ich denke, hier kann man auch mit gesundem Menschenverstand dahinter gehen. Aber als Zeichen für die politische Neutralität unserer Schule, die uns seitens der BDP ebenfalls sehr wichtig ist, unterstützen wir diese Motion und lehnen die Abschreibung ab.

Andreas Schüpbach, Huttwil (SVP). Also, dann komme ich nochmals. Gehört Politik in unsere Schulen, geschätzte Anwesende? – Diese Frage kann ich ganz klar mit Ja beantworten. Es ist sogar ausserordentlich wichtig, dass unsere Jugend aufgeklärt und in diese, manchmal zugegebener-

massen nicht ganz einfache, Materie eingeführt wird. Solange dies neutral und möglichst nüchtern gemacht wird, ist dies ja auch gar kein Problem. Wenn allerdings die politischen Prozesse gewichtet werden oder sogar in irgendeine Richtung Propaganda gemacht wird, so ist dies eben nicht mehr ganz neutral. Und, Herr Kollege Roland Näf: Wenn ein Bauer Gülle in den Bach lässt, ist dies erstens strafbar, und zweitens sind keine Jugendlichen dabei, die man beeinflussen kann. Das ist eben in der Schule ein wenig anders. (*Heiterkeit / Hilarité*) Ein ganz kleiner Unterschied besteht doch noch, lieber Roland Näf. Die vom Motionär genannten Klimastreiks wurden von mehreren Schulen durchgeführt und zielen eben genau in diese Richtung. Damit die Neutralität in unseren Schulen wieder im ganzen Kanton eingehalten wird, unterstützt die SVP-Fraktion diesen Vorstoss mit einer Ausnahme einstimmig. Noch ein Wort zur Abschreibung: Damit in Zukunft unsere Schulen ganz neutral bleiben und dieser Vorstoss eine möglichst lange Wirkung hat, bestreiten wir die Abschreibung.

Präsident. Wir kommen zu den Einzelsprechenden, zuerst zu Karin Fisli, SP.

Karin Fisli, Meikirch (SP). Wir haben den Auftrag, Schülerinnen und Schüler zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern zu erziehen. Für mich als Primarlehrerin ist es dabei völlig selbstverständlich, eine ausgewogene politische Bildung zu vermitteln. Ich erzähle aus der Praxis: Wir haben im letzten Jahr vor den eidgenössischen Abstimmungen und den Bundesratswahlen mit unseren rund 60 Schülerinnen und Schülern eine Projektwoche Politik durchgeführt. In der ersten Woche ging es dabei um die Abstimmungsvorlagen. Wir haben die Kuhhorninitiative gewählt. Die Schülerinnen und Schüler mussten Pro- und Kontraargumente suchen. Dabei haben wir Flyer und Unterlagen von beiden politischen Gegnern verwendet. Die Kinder gestalteten Plakate, wir führten Podiumsdiskussionen durch, und am Freitag vor der offiziellen Abstimmung haben die Schülerinnen und Schüler an unserer selbst gebastelten Urne abgestimmt. Am Montag nach den Abstimmungen haben wir sowohl die Resultate der Schülerinnen und Schüler als auch die offiziellen Abstimmungsergebnisse zusammen diskutiert.

In der Woche darauf wurden die Schülerinnen und Schüler völlig willkürlich in Parteien eingeteilt. Sie mussten sich mit den Inhalten ihrer Partei auseinandersetzen, ihre Partei vorstellen, ihre Anliegen vertreten, Argumente finden und Werbung für sich machen. Jede Partei nominierte geeignete Kandidaten für den Bundesrat. Am Schluss machten wir eine «Arena» und führten die Bundesratswahl durch. Wir haben also Politik erlebbar gemacht. Für all diese Dinge haben wir echtes, authentisches Abstimmungs- und Wahlmaterial gebraucht. Und genau das möchte diese Motion nun verhindern. Deshalb bitte ich Sie sehr, wenigstens den Punkt 2b abzulehnen.

Präsident. Ich gehe davon aus, dass dies ein Antrag auf punktweise Abstimmung war. (*Grossrätin Fisli bejaht dies. / Mme la députée Fisli répond par l'affirmative.*) Danke.

Martin Schlup, Schüpfen (SVP). Roland Näf, Ihr ideologisches Votum hat mich nun ein wenig nach vorne geholt. Warum komme ich nach vorne? – Lehrer sind halt doch auch immer noch Vorbilder, und da hat die Ideologie, die man hat – die ich habe und die jeder haben darf –, ebenfalls einen Einfluss. Ich nenne nur ein Beispiel: Diese Klimademonstrationen hatten wir reihenweise. Man darf an ihnen auch teilnehmen, wenn man Freude hat und überzeugt ist, aber ich habe das Gefühl, dass hier manchmal schon noch viel nachgeholfen wurde. Im Gegenzug hatten wir vor knapp einem Monat mit den Waldbesitzern und dem Bauernverband eine Aktion zum Thema Klimawandel und Wald geplant, wo man Bäume setzen ging. Wir fanden sage und schreibe keine Schüler, die kommen wollten. Heute habe ich nun gedacht, dass dort wahrscheinlich kein Lehrer auch ein wenig motiviert hat, dass man geht. Dann frage ich mich eben schon, wie viel die Ideologie hilft. Das wollte ich hierzu einfach sagen.

Sarah Gabi Schönenberger, Schwarzenburg (SP). Nur ganz kurz meine persönliche Haltung: Es braucht keine neuen Massnahmen in diesem Bereich. Die politische Neutralität ist und wird an den Schulen gewährleistet und gehandhabt, und so soll es auch bleiben. Die Ängste des Motionärs sind aus meiner Sicht eher emotionaler Natur und basieren nicht wirklich auf klaren Facts.

Was mir wichtig ist: Wir dürfen die Jugend nicht einfach völlig entpolitisieren wollen. Politische Bildung, es wurde hier bereits gesagt, ist wichtig, und sie gehört ganz klar auch zum Lehrauftrag, wie der Regierungsrat und die Erziehungsdirektorin dies auch beschreiben. Es darf auch Platz haben, das politische Kribbeln zu fördern, und zwar in der Schule und auch im Austausch der Schüler unter

einander. Denken wir auch ein wenig an die Nachwuchsförderung: Unser Milizsystem ist in Gefahr, vor allem gerade auch kommunal. Und nein, damit meine ich ganz bestimmt nicht, dass man politische Propaganda von Lehrkräften in Richtung der Schülerschaft fördern will. Darum geht es nicht. Der Regierungsrat sagt auch klar, dass die Volksschule sich nicht vor politischen und gesellschaftlichen Diskussionen verschliessen dürfe. Unterschiedliche Ansichten und Meinungen müssen auch in der Volksschule Platz haben, und sie müssen ausgewogen dargestellt werden.

Und wenn wir zu Punkt 2a kommen, ist es keine Frage: Selbstverständlich ist keine Rede davon, die Schülerschaft an Demos zu zwingen. Das geht natürlich nicht, aber das ist in dieser Form so auch nicht vorgekommen. Und noch etwas, was wir verschiedentlich hören: Nein, die Lehrerschaft, die Lehrkräfte sind nicht einfach per se alle links, wie von gewissen Seiten jeweils suggeriert werden will, und dass dies eben gefährlich sei. Der Regierungsrat zeigt auch auf, warum er den Vorstoss annimmt, allerdings ohne Abschreibung. Das ist für mich nicht wirklich nachvollziehbar. Deshalb werde ich persönlich diesen Vorstoss dezidiert ablehnen und bei einer Annahme klar die Abschreibung unterstützen.

Präsident. Damit sind wir am Ende der Sprechenden aus dem Rat. Ich gebe das Wort Regierungsrätin Christine Häslar.

Christine Häslar, Erziehungsdirektorin. Vielen Dank für die angeregte Diskussion über diese Motion. Der Regierungsrat nimmt die Motion an, weil wir uns im Grundsatz absolut einig sind: Die öffentliche Volksschule muss konfessionell und politisch neutral sein. Daran halten wir auch fest. Die politische Bildung gehört aber ebenfalls zum Bildungsauftrag der Schulen. Darum soll sich die Volksschule vor politischen und gesellschaftlichen Diskussionen auch nicht verschliessen, sondern soll sie zusammen mit den Schülerinnen und Schülern führen, soll das auf eine gute Art und Weise im Unterricht einbauen und diese Auseinandersetzung auch ermöglichen. Unterschiedliche Ansichten und Meinungen müssen nämlich in der Volksschule ebenfalls Platz haben, so wie sie hier Platz haben. Das ist eigentlich politische Bildung: dass man schon früh über die unterschiedlichen Meinungen diskutieren kann. Aber natürlich müssen sie in der Schule entsprechend ausgewogen dargestellt und gleichwertig behandelt werden, eben mit einer politischen Neutralität. Das ist absolut notwendig.

Ich halte hier, auch im Namen der Regierung, Folgendes fest; erstens: Keine Schülerinnen und Schüler im Kanton Bern darf im Rahmen des obligatorischen Schulunterrichts zu einer Teilnahme an einer politischen Kundgebung gezwungen werden. Einfach nicht. *Keine*.

Zweitens: Die Schule darf den Unterricht auch nicht aufgrund eines Streiks oder einer Kundgebung ausfallen lassen. Wenn Jugendliche, wenn Schülerinnen und Schüler an einem Streik teilnehmen und dies freiwillig tun, wird ein freier Halbtage bezogen, oder wenn es Teile einer Schule tun, kompensieren sie dies. Genau so sind wir bei den Klimademonstrationen, die stattgefunden haben, auch vorgegangen und haben dies den Schulleitungen auch immer wieder so gesagt. Hier ist es vollkommen egal, liebe Grossrätinnen und Grossräte, ob es sich bei dieser Demo um eine Klimademo handelt oder um etwas, was der Bauernverband organisiert hat.

Drittens: Die Schulen dürfen keine politische Propaganda betreiben. Selbstverständlich nicht. Aber im Rahmen des Unterrichts zur politischen Bildung, gerade so, wie wir es vorhin gesehen haben, und beispielsweise im Zusammenhang mit Abstimmungen und Wahlen, ist es doch selbstverständlich und für Kinder und Jugendliche interessant, sich damit auseinanderzusetzen, das Material auch zu sehen, kennenzulernen und gemeinsam zu behandeln. Es dient dann als Unterrichtsmaterial. Und auch hier ist selbstverständlich die ausgewogene Information immer zu gewährleisten, ganz egal, welche politische Haltung die Lehrerin oder der Lehrer hat oder diejenigen, die den Unterricht noch mitgestalten helfen.

Der Regierungsrat erachtet deshalb die Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt Ihnen die Annahme der Motion. Nun ist die Abschreibung verlangt, auch dies ist möglich. Ob Sie abschreiben oder nicht: Es bleibt ein laufender Auftrag, dass die Volksschule politisch und konfessionell neutral ist. In diesem Sinne bleibt es für uns auch eine Arbeit, ob Sie es nun abschreiben oder nicht.

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung. Es wurde punktweise Abstimmung verlangt. Und da dies explizit zum Punkt 2b verlangt wurde und sich Punkt 2a und 2b relativ stark voneinander unterscheiden, werde ich über Punkt 1, Punkt 2a und Punkt 2b einzeln abstimmen lassen.

Wir kommen zu Punkt 1 dieser Motion. Wer diesen annehmen will, stimmt Ja, wer dies nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.RRGR.126; Ziff. 1)

Vote (2019.RRGR.126 ; ch. 1)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 98

Nein / Non 48

Enthalten / Abstentions 0

Präsident. Sie haben den Punkt 1 der Motion angenommen, mit 98 Ja- zu 48 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen.

Wir kommen zur Abschreibung von Ziffer 1. Wer die Ziffer 1 abschreiben möchte, stimmt Ja, wer dies nicht möchte, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.RRGR.126; Ziff. 1; Abschreibung)

Vote (2019.RRGR.126 ; ch. 1 ; classement)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 64

Nein / Non 80

Enthalten / Abstentions 0

Präsident. Sie haben die Abschreibung abgelehnt, mit 80 Nein- zu 64 Ja-Stimmen bei 0 Enthaltungen.

Wir kommen zur Ziffer 2a. Wer diese Ziffer annehmen möchte, stimmt Ja, wer dies nicht möchte, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.RRGR.126; Ziff. 2a)

Vote (2019.RRGR.126 ; ch. 2a)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 118

Nein / Non 26

Enthalten / Abstentions 2

Präsident. Sie haben diese Ziffer angenommen, mit 118 Ja- zu 26 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Wer diese Ziffer abschreiben möchte, stimmt Ja, wer dies nicht möchte, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.RRGR.126; Ziff. 2a; Abschreibung)

Vote (2019.RRGR.126 ; ch. 2a ; classement)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 64

Nein / Non 81

Enthalten / Abstentions 0

Präsident. Sie lehnen auch diese Abschreibung ab, mit 81 Nein- zu 64 Ja-Stimmen bei 0 Enthaltungen.

Wir kommen zur Ziffer 2b. Wer diese annehmen möchte, stimmt Ja, wer dies nicht möchte, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.RRGR.126; Ziff. 2b)

Vote (2019.RRGR.126 ; ch. 2b)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 85

Nein / Non 61

Enthalten / Abstentions 0

Präsident. Sie haben diese Ziffer angenommen, mit 85 Ja- zu 61 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen.

Wer diese Ziffer abschreiben möchte, stimmt Ja, wer dies nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.RRGR.126; Ziff. 2b; Abschreibung)

Vote (2019.RRGR.126 ; ch. 2b ; classement)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 64

Nein / Non 79

Enthalten / Abstentions 1

Präsident. Auch diese Ziffer wird nicht abgeschrieben, und zwar mit 79 Nein- zu 64 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung.